

10. / X. 1917

125. Sitzung, Mittwoch, den 10. Oktober 1917.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Hefferich, Dr. Solff.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung mit einem ehrenden Nachruf auf den am 8. September an der Ostfront gefallenen Kgl. bayrischen Bevollmächtigten zum Bundesrat Generalleutnant Ritter von Benninger, zu dessen Gedächtnis die Abgeordneten sich von den Sitzen erheben.

Ein Antrag des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht in Tübingen auf Genehmigung des Reichstags zur Strafverfolgung des Hg. Kopp (Vp.) wegen Vergehens gegen die Verordnung über Speisefette wird nach dem Vorschlag des Ausschusses für die Geschäftsordnung abgelehnt.

Die Beratung über

Die auswärtige Politik

wird fortgesetzt.

Abg. Haußmann (Fr. Vpl.): Die Leistungen unserer Bundesgenossen für das Gesamtziel der gemeinsamen Kriegsführung sind auf das höchste anzuerkennen. Die einheitliche politische Front mit den Bundesgenossen ist eine wertvolle Kraftquelle. Von einseitigen Eroberungszielen muß sich jedes Glied des Bundes fernhalten. Von höchstem Wert war der Kommentar des Grafen Czernin zu den beiden Antworten der Mittelmächte auf die päpstliche Note, sie ist der Anfang des wichtigen Strebens, Ideale, Ideen realpolitisch zu gestalten. In den letzten Monaten sind in den verschiedenen kriegsführenden Ländern eine Reihe von Veröffentlichungen erfolgt, die ein Arsenal an Waffen für Deutschland darstellen und nicht nur geschichtlich wichtig, sondern auch von sehr aktueller Bedeutung sind, da sie für die Zielsetzung in diesem Kriege, die Vorstellung von den Ursachen bei den Völkern und bei den Regierungen eine besondere Wichtigkeit haben.

reiter Aus. Wir können nicht gegen den Westen eine andere Politik machen als gegen den Osten. (Sehr richtig!) Wir brauchen ein Ministerium des deutschen Geistes. Die Reichstagmehrheit will in diesem Augenblick, wo die schwerste und blutigste Kraftprobe von unseren Tapferen in Flandern abgelegt wird, nicht im Innern in großen politischen Auseinandersetzungen Kraftproben veranstalten. Wir legen uns die weitestgehende Zurückhaltung auf. Aber unser Volk kann verlangen, daß der letzte Entscheidungskampf ihm von den höchsten Gewalten nicht erschwert, sondern erleichtert wird. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Stresemann (ntlb.): In den Ausführungen des Vorredners hat die Frage der Schuld am Weltkriege einen breiten Raum eingenommen. Was er dabei ausgeführt hat, ist im höchsten Maße dankenswert und würde aufklärend nach vieler Richtung hin wirken können, wenn nicht zu befürchten wäre, daß auch für alle Ausführungen über die Schuld am Weltkriege dasjenige gilt, was Staatssekretär v. Kühlmann gestern ganz allgemein sagte, daß nämlich die Reden von den Tribünen der Parlamente heute an den Dingen wenig oder nichts mehr ändern können. Mit seiner Ausführung über die Schuld der feindlichen Mächte am Weltkriege hat Dr. David uns einen großen Dienst geleistet. Wir sind diplomatisch ganz ungerüstet in den Weltkrieg eingetreten. Das deutsche Weibchen macht den Eindruck eines mühsam zusammengestoppelten Werkes. Das Urteil des Vorredners über die Politik des Fürsten Bismarck ist hart ausgefallen. Er darf nicht vergessen, daß ihm innere Verhältnisse sehr oft seine Arbeit erschwert haben. (Sehr richtig!) Bei dem Telegramm Hindenburgs über den Durchbruch im Osten fiel der Ruf „Stimmungsmache!“. Das war niederdrückend. In Wirklichkeit war es keine Stimmungsmache, sondern wir haben der Welt den Beweis geliefert, daß wir auch im vierten Kriegsjahre nicht nur Abwehrschlachten, sondern auch offensiv vorgehen können.

Die Eroberung Rigas ist nicht nur militärisch, sondern auch politisch von größter Bedeutung. Schon die Achtundvierziger verlangten die Befreiung der baltischen Provinzen vom russischen Joch als Aufgabe der deutschen Demokratie. Der Kaiser und unsere Truppen wurden in Riga begeistert aufgenommen. Sie haben den Eindruck erhalten, in ein Land zu kommen, wo deutscher Geist sich durch Jahrhunderte der Unterdrückung wachgehalten hat. In Flandern bieten unsere Truppen einem an Menschen und Material weit überlegenen Feinde die Stirn. Hindenburg hat recht: nie war unsere militärische Lage so günstig, wie jetzt. Der „Tempo“ hat selbst zugegeben, Deutschland werde auf der Konferenz wirtschaftlich als Bittender, aber militärisch als Ueberlegener erscheinen. (Hört, hört!) Das bereitet Frankreich darauf vor, daß nicht alle Blühträume reisten. Die Erfolge unseres U-Boat-Krieges wachsen von Monat zu Monat. Man muß die verneinte Tonnage immer in Beziehung zu der geringer werdenden noch vorhandenen Handels tonnage bringen.

England kämpft heute mit der Uhr in der Hand. Gewiß ist seit dem 1. Februar die Lage für uns komplizierter geworden. Ich nehme es gewiß nicht leicht, wenn Guatemala oder ein anderer kleiner Staat uns den Krieg erklärt. Dabei geht viel verloren, was deutscher Kaufmannsgeld in Jahrzehnten geschaffen hat. Alle diese Kriegserklärungen aber sind nur ein Stück des gegen uns geführten Wirtschaftskrieges. Diplomatische Ungeschicklichkeit hat unsern Feinden geholfen. Ohne das Mexiko-Angebot wäre es Bismarck nicht so leicht geworden, Stimmung gegen uns zu machen. (Zustimmung.) Ein deutsches Weibchen hat recht, wenn es sagt: „Wie stark muß Deutschland sein, um solche Diplomaten ertragen zu können.“ (Zustimmung.) Warum hat man von Berlin aus nicht gegen die Äußerungen des Grafen Luxemburg protestiert? (Sehr richtig!) Herr v. Tirpitz ist gestern zu unrecht mit Wallenstein verglichen worden. Gegen einen Mann von solchen Verdiensten sollte man nicht mit solchen Angriffen kommen. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.) Dieser Weltkrieg ist nicht entstanden worden in den Tagen vom 20. Juli bis 1. August. Die Grundursachen dieses weltpolitischen Zusammenpralls liegen vielmehr in den Dingen, die sich vorher entwickelt haben, nicht zuletzt in unserer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung, die uns in Gegensatz zu England brachte. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.) Herr v. Tirpitz hat das Recht, so gewertet zu werden, daß man ihm nicht Wallenstein-Gelüste nachsagt. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.)

Manche Gedankengänge des Herrn v. Kühlmann stimmen nicht mit dem überein, was meine Freunde für richtig halten. (Hört, hört! links.) Trotzdem haben wir mit großer Freude und Genugtuung seine Ausführungen nach Form und Inhalt begrüßt. Weniger wichtig ist der Kampf um die Formulierung künftiger Friedensbedingungen, wichtiger, daß wir unsere Gegner an den Friedenstisch heranziehen, und daß wir dort durch Diplo-

maten vertreten sind, die die Fähigkeiten besitzen, aus der glänzenden Lage Deutschlands das Beste für uns herauszuholen. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.) Wenn manche Reden des Herrn v. Kühlmann in der deutschen Öffentlichkeit einer gewissen Kritik unterliegen, so liegt das daran, daß er auch Rücksicht zu nehmen hat auf die Psychologie des Auslandes. Wir erhoffen für sein Wirken den besten Erfolg, wo wir andere Meinungen vertreten, werden wir sie zum Ausdruck bringen. Aber nach dem, was man in den letzten Tagen erlebt hat, war es eine Erquickung, eine solche Rede zu hören, so sein abgetönt in ihrer Wirkung und so staatsmännisch durchdacht. (Lebhafte Zustimmung.)

Nach dem Hg. Stresemann erhält das Wort der konservative Abgeordnete Graf Westarp. Er führte aus: Die Mahnung des Redners zur Einigkeit findet auch bei uns offenes Gehör. Wenn auch im Meinungsstreit über die Schritte, die zu dem gemeinsamen Ziele führen, Gegensätze immer herrschen und auseinanderprallen mögen, so gab es doch in der letzten Zeit einen Vorgang, in dem wir alle uns einig wußten, das war die starke Zurückweisung der Note des Präsidenten Wilson. Dieser Mann, sagt Graf Westarp ist dem deutschen Volke immer unsympathisch gewesen. Wir können uns mit offenen, ehrlichen Gegnern tüchtig herumschlagen und trotzdem achten, für einen Mann aber, der um Geschäfte willen den Krieg um Monate und Jahre hat verlängern lassen, und noch dazu in der heuchlerischen Maske eines Predigers für Moral, für einen solchen Mann haben wir nur Verachtung und nicht einmal Paß.

Der Redner wendet sich dann der Erörterung der Friedensnote des Papstes und den seither ergangenen Rundgebungen der Staatsmänner zu. Er sagt: Die Note des Papstes ist von uns und von den Staatsmännern unserer Verbündeten sympathisch aufgenommen worden. Auch wir stimmen dem dieser Note erteilten Anerkenntnis zu. Den Respekt sind auch wir dem Haupte der katholischen Kirche und dem geistlichen Führer unserer katholischen Volksgenossen schuldig. Dies entbindet uns aber nicht, in einer politischen, ersten Aussprache auch offen zu sagen, daß nach unserer Auffassung objektiv die Vorschläge der Kurie den Lebensinteressen und Lebensnotwendigkeiten Deutschlands nicht gerecht werden.

Auch noch etwas anderes möchte ich sagen: daß dasjenige, was ich von der Note bemerkt habe, auch für die Ausführungen oder wenigstens für den größten Teil der Ausführungen des Grafen Czernin gilt. Die Interessen Deutschlands und seiner Bundesgenossen sind, das liegt in der Natur der Sache, nicht in allen Punkten identisch. Mag Oesterreich-Ungarn der Meinung sein, daß es jetzt von der Gefahr, die ihm von dem russischen Kolosse droht, befreit sei, mag es glauben, daß es territoriale Sicherungen und Verbesserungen seiner Grenzen nicht mehr nötig hat, so darf es auch nicht vergessen, daß unsere Grenzverhältnisse mit Rußland etwas anders liegen als seine. Aber genau ebenso wie wir nicht dulden und nicht gebuldet haben, nicht dulden können und nicht dulden werden, daß die österreichisch-ungarische Monarchie vernichtet wird oder vom Balkan verdrängt wird oder von Italien wertvoller Provinzen beraubt wird, daß ihre Stellung an der Adria geschwächt wird, ebenso muß Oesterreich-Ungarn wissen, daß es seine Stellung in der Welt und seine Interessen nicht wird wahren können, wenn ihm ein Deutschland zur Seite steht, dem das Rückgrat gebrochen ist, und es darf neben seinem mittelbaren auch das unmittelbare Interesse nicht vergessen, daß es daran hat, daß nicht die englische See tyranne auch über die östlichen Mittelmeere sich erstreckt, sondern daß sie auch dort gebrochen wird.

Diese Interessengemeinsamkeit, diese Gemeinsamkeit mittelbarer und unmittelbarer Interessen gestattet uns auch Meinungsverschiedenheiten über die einzuschlagenden Wege offen auszusprechen und auszutragen. Ich teile nicht die Befürchtung, die hier ausgesprochen worden ist, es herrsche die Gefahr, daß wir bei verschiedener Formulierung über die Kriegsziele schließlich ohne Bundesgenossen würden stehen müssen. Ich teile diese Auffassung nicht und weise sie zurück. Unser Bund mit Oesterreich ist durch die dreijährige Waffenbrüderschaft und durch gemeinsame Interessen fest geschmiedet und ich bin überzeugt, bei der vornehmen Genugtuung unserer österreichischen, bulgarischen und türkischen Bundesgenossen, daß unser Bund zu fest in den Völkern wurzelt, als daß er durch Auseinandersetzungen der gekennzeichneten Art gefährdet werden könnte.

Graf Westarp geht sodann mehr auf die in der päpstlichen Note und in den Reden Czernins und Kühlmanns erörterten Gedanken der Abrüstung und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ein. Er führt aus, daß nach seiner Ansicht diese beiden Gedanken nicht leicht durchzuführen seien und sagt, ein Friedensbund dieser Art würde, wenn er zustande käme, im Grunde nichts anderes sein als ein angelsächsisch-amerikanischer Bund zur Niederhaltung Deutschlands. Gerade für Deutschland ist der Gedanke eines Abkommens zur Einschränkung der Rüstungen und zur obligatorischen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit von großer Gefahr, denn wir werden nach wie vor damit rechnen müssen, daß Deutschland nur soviel an Geltung und Macht in der Welt haben wird, wie es aus eigener Kraft erreichen kann.

Deutschland kann und darf sich nicht darauf einlassen, sich in seinen Rüstungen Beschränkungen auferlegen zu lassen, und aus diesen Erwägungen komme ich zu dem Schluß, daß der Abrüstungsgedanke nicht auf den bevorstehenden Friedenskonferenzen zur Debatte gestellt werden sollte. Uebrigens würde es schon aus technischen Gründen ein Fehler sein, dies zu tun. Aus diesem Grunde melde ich auch, daß in unserer Note und in der österreichischen Note der Gedanke scharfer hätte zum Ausdruck kommen sollen, daß wir uns auf den Friedenskonferenzen in dieser Sache nicht hätten einlassen können.